

Mitgliederversammlung des vbnw am 01. September 2021

Bericht der Vorsitzenden

1. Bibliotheksgesetz

Das "Bibliotheksgesetz" im Rahmen des Kulturgesetzbuches nahm im Laufe des Jahres 2021 Gestalt an. Anfang des Jahres übermittelten wir, nach Abstimmung mit den Arbeitsgemeinschaften und dem Vorstand, dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft unsere Stellungnahme zum Referentenentwurf. Im Mai wurde dann der Regierungsentwurf eingebracht. Dieser blieb zwar im Wesentlichen unverändert. Einige unserer Anregungen z.B. in Bezug auf die kirchlichen Büchereien wurden aber aufgenommen. Im laufenden parlamentarischen Anhörungsverfahren gaben wir Ende Juli unsere Stellungnahme ab. Diese entsprach der Stellungnahme zum Referentenentwurf, wurde aber durch die Vorsitzenden an die Änderungen im Gesetzestext angepasst. Am 16. September 2021 wird im Landtag die Anhörung stattfinden, an der für den vbnw beide Vorsitzenden teilnehmen werden.

2. Corona-Pandemie

Auch in 2021 beeinträchtigte die Corona-Pandemie die Bibliotheken erheblich. Die meisten mussten zum Teil sehr lange geschlossen bleiben. Die bereits in 2020 erprobten Formate wie "click & collect" und andere Liefer- und Abholservices wurden wieder eingerichtet, so dass viele Bibliotheken ihren Kund*innen durchgehend ein Angebot machen konnten. Auch Veranstaltungen in digitaler Form fanden statt. So wurde erstmals auch die "Nacht der Bibliotheken 2021" als rein digitales Format erfolgreich durchgeführt. Ende Mai begann dann die Wiederöffnung der Bibliotheken mit den bekannten Hygienemaßnahmen.

Mehrfache grundlegende Änderungen in der Coronaschutzverordnung des Landes - zuletzt bei der Umstellung von den Inzidenzstufen auf das "3G-Modell" - führten dabei immer wieder zu notwendigen Anpassungen im Betrieb der Bibliotheken. Der vbnw hat dabei mit mehr oder weniger Erfolg immer wieder versucht, auf für die Bibliotheken möglichst praktikable Regelungen hinzuwirken.

3. Digitalisierung und IT-Infrastruktur

Das Thema Digitalisierung und IT-Infrastruktur beschäftigt die Bibliotheken schon lange. Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden in vielen Bibliotheken digitale Formate und Angebote gefördert und deren Einführung beschleunigt. Das MKW förderte die Wissenschaftlichen Bibliotheken mit umfangreichen Lizenzen für eBooks. Aber es zeigten sich auch die vorher schon bekannten Defizite. In verschiedenen Zusammenhängen, unter anderem auch bei einem Treffen mit den Obleuten des Ausschusses für Kultur und Medien des Landtages, wurde auf die unzureichende IT-Infrastruktur der Bibliotheken hingewiesen. Es gibt hierfür beim Land kein entsprechendes Förderprogramm und auf eine entsprechende Stellungnahme des Verbandes fühlte sich auch keines der angesprochenen Ministerien wirklich zuständig. Daher wird dieses Thema weiterhin auf der Agenda des Verbandes bleiben.

Im Februar 2021 überraschte uns das Schulministerium mit einer Pressemeldung über den Kauf einer landesweiten Lizenz für den Brockhaus. Insbesondere da viele Bibliotheken im Land erst in 2020 aufgrund der Corona-Lage entsprechende Lizenzvereinbarungen abgeschlossen hatten, entschloss sich der vbnw hierzu eine Stellungnahme abzugeben. Darin wurde auf die enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und Bibliotheken hingewiesen und der Wunsch geäußert, zukünftig in die Planung solcher Maßnahmen mit eingebunden zu werden. Am 15. September 21 wird nun ein Gespräch zwischen Vertretern des Schulministeriums, des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft und dem vbnw

stattfinden, in dem über dieses Thema gesprochen werden soll.

In diesem Zusammenhang spielt natürlich auch das Thema "Landeslizenzen für öffentliche Bibliotheken" eine wichtige Rolle, das vom vbnw in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder angesprochen wird.

4. Flutkatastrophe in NRW

Die schrecklichen Nachrichten und Bilder von der Flutkatastrophe haben natürlich auch den vbnw beschäftigt. Mit einem Sondernewsletter haben wir uns an unsere Mitglieder gewandt, um uns einen Überblick über die Lage zu verschaffen und Möglichkeiten der Unterstützung zu finden. Auch wenn es vergleichsweise nur wenige Bibliotheken getroffen hat, sind die Ausmaße der Zerstörung kaum vorstellbar. Der Verband wird sich dafür einsetzen, dass die betroffenen Bibliotheken die notwendige Unterstützung bekommen und - falls sinnvoll - auch kollegiale Unterstützung mit organisieren. Wichtig erscheint uns vor allem, dass die Unterstützung langfristig angelegt ist. Auch in 2022 und 2023, wenn die Flutkatastrophe schon länger zurückliegen wird, werden die Bibliotheken noch Hilfe brauchen, da viele erst dann in ihre nach der vollständigen Zerstörung wieder hergerichteten Räume einziehen werden können.

5. Webinarreihe des vbnw

Die in 2020 zusammen mit Herrn Pilzer und Herrn Dr. Malcher erfolgreich ins Leben gerufene Webinarreihe des vbnw wurde in 2021 in eigener Regie fortgesetzt. Hierzu wurde seitens des Verbandes eine eigene Zoom-Lizenz erworben, die auch für andere Zwecke des Verbandes rege genutzt wird. Themen in diesem Jahr waren u.a. Bibliotheken als Bildungspartner der Schulen und Wiedereröffnung der Bibliotheken in NRW nach langem Lockdown. Was geht, was kommt, was bleibt? Die Reihe wird fortgesetzt werden, lebt aber unter anderen auch von den Ideen und Vorschlägen der Mitglieder.

6. Schulbibliotheken NRW im vbnw

Der vbnw hat sich in diesem Frühjahr gemeinsam mit der LAG Schulbibliotheken ausgetauscht. Aufgrund der vielerorts gut funktionierenden Kooperationen und gemeinsamen Interessen hat der Verband die LAG als Mitglied aufgenommen. Nun soll in der zweiten Jahreshälfte eine Arbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken entstehen. Diese erhielt bereits vom Vorstand einen Arbeitsauftrag. Der Verband wird seine Mitglieder über die Entwicklungen im kommenden Jahr auf dem Laufenden halten.

7. Lobbyarbeit

Das Politische Frühstück wurde aufgrund des mangelhaften Interesses und der stets zurückgehenden Teilnahme der Abgeordneten vom vbnw in 2021 nicht fortgesetzt. Die Verbandsspitze suchte nach anderen Möglichkeiten und Formaten und hat im Juni 2021 ein Gespräch mit der Obleuterunde zu vielen wichtigen Themen durchgeführt. Daran wolle man nun anknüpfen und neben digitalen Angeboten/Formaten nach weiteren Alternativen suchen, um mit den Abgeordneten im Gespräch zu bleiben.